

2. Gerichtsstand des Wohnortes. — For du domicile.

52. Urtheil vom 2. Juni 1876 in Sachen
Mollet.

A. Mittelft Klage vom 28. Februar 1874 belangte Baumeister Mollet die Gemeinde Erlinsbach, Kanton Solothurn, für ein Restguthaben von 2546 Fr. 40 Cts. laut Ausrechnung vom 16. September 1873, welches ihm von dem Bau der Kirche Erlinsbach her an diese Gemeinde zustand. Die Beklagte anerkannte jedoch nur den Betrag von 3 Fr. 12 Cts. und verstellte gegenüber der Mehrforderung eine Gegenforderung von 2542 Fr. 72 Cts., welche sie zwischen Ausrechnung und Klageanstellung von verschiedenen Personen, die dem Rekurrenten zum Baue der Kirche Erlinsbach Leistungen gemacht hatten, erworben und dem Rekurrenten vorher notifizirt hatte, zur Kompensation. — Rekurrent bestritt die Zulässigkeit der Kompensation, weil Gegenforderungen nicht auf dem Wege der einläßlichen Antwort, sondern nur durch eine Widerklage geltend gemacht werden können. Allein das Obergericht von Solothurn verwarf diese Einwendung durch Urtheil vom 13. Januar d. J., gestützt darauf, daß nach §. 1477 des C. G. B. eine Ausgleichung gegenseitiger Verbindlichkeiten, wenn dieselben in Geldsummen bestehen, durch Abrechnung stattfindet, sobald es von einer Partei verlangt werde und die beklagte Partei in ihrer Antwort Alles dasjenige geltend machen könne, was geeignet sei, sie von der eingeklagten Verbindlichkeit zu befreien.

B. Gegen dieses Urtheil rief Mollet den Schutz des Bundesgerichtes an, indem er behauptete, dasselbe verleihe den Art. 59 der Bundesverfassung. Denn da er aufrechtstehender Schweizerbürger und die Gegenforderung der Gemeinde Erlinsbach eine persönliche sei, so müsse er für dieselbe gemäß der angeführten Verfassungsbestimmung vor dem Gerichte seines Wohnortes gesucht werden und gehe es nicht an, dieselbe auf dem Wege der Einrede geltend zu machen, und zwar um so weniger, als das

solothurnische Prozeßgesetz keine Bestimmung enthalte, welche ein solches Verfahren rechtfertige, vielmehr der Art. 26 der C. P. O. die Widerklagen auf diejenigen Fälle beschränke, wo dieselben auf dem gleichen Titel beruhen, oder sich auf das gleiche Geschäft beziehen, wie die Hauptsache selbst.

C. Die Gemeinde Erlinsbach trug auf Abweisung der Beschwerde an, im Wesentlichen gestützt auf die Begründung des angefochtenen Urtheils und mit der weiteren Bemerkung, daß von den solothurnischen Gerichten konstant anerkannt worden sei, daß in Forderungsprozessen Gegenforderungen, soweit damit bloß eine Abrechnung von der Klageforderung bezweckt werde, wie andere Vertheidigungsmittel in der einläßlichen Antwort geltend gemacht werden können.

Das Bundesgericht zieht in Erwägung:

1. Da Rekursbeklagte vor den solothurnischen Gerichten keine Widerklage erhoben, sondern lediglich die cessionweise erworbene Gegenforderung gegenüber der Forderung des Rekurrenten zur Kompensation verstellt hat, so ist nicht zu untersuchen, ob die Rekursbeklagte zur Anhebung einer Widerklage befugt gewesen wäre, sondern lediglich über die Zulässigkeit der Kompensationseinrede zu entscheiden. Bekanntlich sind für die Zuständigkeit der Widerklage und der Kompensation nicht die gleichen Gesichtspunkte maßgebend; denn während die erstere dem Prozeßrechte angehört und daher die Frage ihrer Statthaftigkeit eine rein prozeßualische Frage ist, hat die Kompensationseinrede ihre Grundlage im Zivilrechte und entscheiden daher für ihre Zulässigkeit in erster Linie materielle Gesichtspunkte.

2. Die Kompensationseinrede bringt allerdings die Gegenforderung auch zur gerichtlichen Verhandlung und Untersuchung, allein es geschieht dies zu einem beschränktern Zwecke als bei der Widerklage und nicht, wie bei dieser, in der Form eines selbstständigen Angriffes, sondern eben lediglich in der Form einer Einrede, als Mittel der Abwehr und Vertheidigung gegen die Klage, deren Verwerfung sie von dem Standpunkte aus bezweckt, daß der Kläger dem Beklagten ebensoviel schulde als er fordere und daher für seine Ansprache bereits befriedigt sei.

Die Kompensationseinrede kommt daher nicht als selbstständiges Streitobjekt, sondern als Bestandtheil des Hauptprozesses in Betracht, woraus folgt, daß dieselbe bei dem Richter der Hauptklage auch dann angebracht werden kann, wenn derselbe an und für sich zur Entscheidung über die einredeweise geltend gemachte Gegenforderung nicht kompetent wäre.

3. Es wäre daher unzweifelhaft ungerechtfertigt, wenn dem Art. 59 der Bundesverfassung, welcher vielmehr seinem klaren Inhalte nach nur die klageweise Geltendmachung persönlicher Ansprüche im Auge hat, die Tragweite beigegeben werden wollte, daß derselbe in Prozessen zwischen Einwohnern verschiedener Kantone die Kompensationseinrede ausschliesse und so dem Beklagten ein wichtiges Verteidigungsmittel gegen die Klage entziehe. Vielmehr kann ein Kläger, welcher in einem andern Kantone einen Forderungstreit anhängig macht, nichts weiter verlangen, als daß er im gerichtlichen Verfahren gleich behandelt werde wie die Angehörigen des betreffenden Kantons. Gegen diesen Verfassungsgrundsatz haben sich aber die Solothurner Gerichte nicht verfehlt; denn die Kompensationseinrede ist nach der solothurnischen Gesetzgebung (übereinstimmend mit dem gemeinen Rechte und dem zürch. priv. Ges. B., unter dessen Herrschaft der Kläger steht), ein allgemeines Rechtsmittel der Parteien und es ist nicht bestritten, daß die Voraussetzungen, an welche nach dem solothurnischen Gesetzbuche die Zulässigkeit der Kompensation geknüpft ist, hier vorhanden seien.

Demnach hat das Bundesgericht
erkannt:

Die Beschwerde ist als unbegründet abgewiesen.

53. *Arrêt du 16 juin 1876 dans la cause Bachelin.*

Par exploit de citation en conciliation du 9 décembre 1875, puis par citation-demande en date du 15 décembre 1875, Louis Hayoz, d'Autafond, aubergiste à Belfaux, a ouvert action devant le tribunal de l'arrondissement de la Sarine à Ferdinand Bachelin, en paiement de la somme de 2011 fr. 20c. pour transport de matériaux et fournitures faites par le demandeur, tant pour le compte du dit Bachelin que pour celui de son sous-traitant Antoine Rivaz, sur la ligne du chemin de fer Fribourg-Payerne-Yverdon.

Bachelin n'ayant comparu ni à l'audience de conciliation, ni à celle du tribunal de la Sarine du 20 janvier 1876, pour laquelle il avait été assigné par notification au greffe, à teneur de l'article 108 du code de procédure civile fribourgeois, — ce tribunal rendit contre Bachelin, le dit jour, un jugement par défaut, admettant avec dépens les conclusions de la demande.

C'est contre ce jugement, à lui notifié le 15 février suivant, que Bachelin s'est pourvu le 26 du même mois auprès du Tribunal fédéral, concluant qu'il plaise à ce tribunal prononcer que le dit jugement est annulé, ainsi que tous les actes qui l'ont précédé, accompagné et suivi au for fribourgeois.

Le recourant s'appuie, en résumé, sur les considérations suivantes :

Bachelin affirme n'avoir reçu ni le mandat du 9 décembre 1875, ni la note détaillée qu'il était censé contenir.

Bachelin n'est pas domicilié dans le canton de Fribourg : il a toujours eu son domicile civil et politique à Yverdon ; l'article 8 du cahier des charges régissant le contrat entre l'entrepreneur et la Compagnie de la Suisse occidentale statue que l'entrepreneur est tenu d'élire un domicile à proximité immédiate des travaux et que, faute par lui de remplir cette obligation dans un délai de quinze jours à partir de l'appro-